

Klimapolitische Fragen zur Rostocker Kommunalwahl 2024
im Rahmen der Podiumsdiskussion „Klima wählt mit“ am 02.05.24

Antworten von der Partei/ Liste: **Marcus Dejosez, SPD Rostock**
(Wahlbereich 4, Listenplatz 1)

Welche Maßnahmen halten Sie für geboten, um einen Wechsel möglichst viele Rostocker:innen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV und den Radverkehr zu befördern? Braucht es ihrer Meinung nach hierfür eine Priorisierung von Straßenbahnnetzerweiterung, Fortsetzung des MIRROR-Projektes und Radwegeausbau gegenüber Straßenbauprojekten, ja sogar grundsätzlich neue Wege in der Verkehrsplanung und beim Parkraummanagement? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMAVERTRÄGLICHE MOBILITÄT)**

Der Ist-Zustand in der Rostocker Verkehrspolitik ist geprägt durch einen jahrelangen Innovations- und Investitionsstau im grün-geführten Verkehrssenat. Kaputte Gehwege, fehlende Radwege und ein nie umgesetztes Park&Ride-Konzept sind nur ein Bruchteil der Erklärung dafür, weshalb der Umstieg vom individuellen motorisierten Verkehr auf andere Verkehrsformen in Rostock hakt. Dennoch zeigen Studien, dass durch autonomes Fahren, mobiles Arbeiten und höhere Kosten für motorisierten Verkehr der klassische Individualverkehr langfristig abnehmen wird. Dafür muss aber zeitgleich auch die RSAG in den nächsten Jahren von städtischer Seite gestärkt, umgebaut und zu einem anerkannten Mobilitätsdienstleister für die ganze Stadt werden.

Wir wollen ein gut funktionierendes Verkehrssystem für alle Verkehrsteilnehmer und nicht nur für eine bestimmte Gruppe haben. Wir setzen darauf, die RSAG zu stärken und ihr Angebot durch die Verbesserung der Straßenbahn, eine eigene Mietfahrzeugflotte, kostenfreies W-LAN, innovative Projekte zum autonomen Fahren und bessere (digitale) Vertriebswege zu erweitern. Wir möchten die S-Bahn östlich der Warnow wiederbeleben.

Es muss ebenfalls mehr für gute Straßen und Radwege getan werden. Bei Radwegen müssen Lücken im System geschlossen werden und diese breit und sicher sein. Bei der Sanierung kleiner Straßen wollen wir fahrradfreundlichen Belag. Wir wollen Parkplätze und -häuser bauen genauso wie Fahrradständer und -boxen aufstellen. Um alles zu verzahnen, muss das P+R-Konzept schnell umgesetzt werden.

Wie stellen Sie sicher, dass Jugendliche zum Thema Klimaschutz nicht nur beteiligt, sondern die Ergebnisse dieser Beteiligung auch genutzt werden, d.h. in die politischen Beschlussfassungen der Stadt einfließen? Inwiefern halten Sie Bürger:innenbeteiligung (z.B. Bürgerräte) für die Umsetzung der Klimaziele generell für wichtig - und inwiefern ist Bürger:innenbeteiligung für Sie auch Jugendbeteiligung? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND BETEILIGUNG)**

Beteiligung schafft Transparenz und Akzeptanz. Dafür hat die Stadt den Leitfaden Bürgerbeteiligung entwickelt, der jetzt umgesetzt werden sollte. Grundsätzlich halten wir es aber auch für sinnvoll, einen Bürgerhaushalt aufzustellen.

Um eine ernsthafte Beteiligung und Akzeptanz zu fördern, unterstützen wir die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbeirats für Rostock. Wirksame Jugendbeteiligung muss gut pädagogisch begleitet werden. Mit der Jugendbeteiligungsmoderatorin haben wir schon jemanden, die sich in der Sache mit und für die jungen Menschen engagiert. Diese Stelle muss bedarfsgerecht ausgestattet werden. Wir werden darüber hinaus die offenen

Beteiligungsformate, wie z. B. das Jugendforum und Jugend im Rathaus, erhalten und weiter stärken.

Generell ist die Transformation unserer Volkswirtschaft hin zu Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Ideen und Konzepte aus Beteiligungsformaten, wie Bürgerräten, wichtige Impulse liefern können. Die Umsetzung der Klimaziele erfordert aber nicht in erster Linie mehr Beschlüsse, sondern staatliche und privatwirtschaftliche Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur von erheblichem Ausmaß. Hierfür sind verteilungs- und finanzpolitische Hürden zu überwinden. Ein Beispiel ist das starre Festhalten von Konservativen und Liberalen an der Schuldenbremse und die Verweigerungshaltung bei einer gerechteren Besteuerung von Vermögen und Einkommen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Transformation und dem notwendigen sozialen Ausgleich.

Eine Möglichkeit, eine gesunde und nachhaltige Lebensmittelversorgung für alle zu fördern ist die Entwicklung einer Ernährungsstrategie für Rostock (fair, regional und sozial gerecht). Eine Ernährungsstrategie verankert das Thema Ernährung in allen Bereichen und wird so z. B. in der Stadtplanung (Stichpunkt „Essbare Stadt“) berücksichtigt. Sie soll eine gute und nachhaltige Ernährungsweise für alle Menschen so einfach wie möglich machen. Setzen Sie sich für einen Bürgerschaftsbeschluss dazu ein? Wird es dazu eine Ansprechperson / Stelle in der Verwaltung geben? In wie fern wird der Ernährungsrat in die Entwicklung einer Ernährungsstrategie eingebunden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND REGIONALE ERNÄHRUNG)**

Gute Ernährung ist nicht nur wichtig für die Gesundheit aller Menschen, sondern auch Menschenrecht. Als Stadt hat Rostock eine besondere Aufgabe in der Bereitstellung von Wohn- und Pflegeversorgung sowie Sport-, Freizeit- und Bildungsangeboten. Aufgrund dieser Aufgabenfülle mit Schnittstellen zu gesundheitsrelevanten Aspekten wie Sport und Ernährung hat nicht zuletzt die Nationale Präventionskonferenz vorgeschlagen, Gesundheitsförderung und Prävention den Kommunen als gesetzliche Pflichtaufgabe zukommen zu lassen. Zielstellung soll dabei sein, allen Menschen ein gesundes Aufwachsen, Leben und Arbeiten zu ermöglichen. Zudem hat die Bundesregierung im Winter 2024 ihre Ernährungsstrategie vorgestellt. Mit dabei sind in einer engen Vernetzung mit den zuständigen Bundesministerien auch die Länder und Kommunen. Wir halten es für relevant, dass Rostock kein davon abgekoppeltes, eigenes Konzept entwirft, sondern in gemeinsamem Interesse alle Akteure bundesweit an einen Tisch geholt werden.

Eine große Errungenschaft der Rostocker SPD ist es zudem, dass die Essensversorgung in den Rostocker Schulen in die kommunalen Hände und damit unter die öffentliche Kontrolle kommt. So wird das Schulessen endlich regional, ökologisch, demokratisch durch die Schülerinnen und Schüler mitbestimmt sowie abwechslungsreich gemacht. Das sehen wir nur als ersten Schritt: Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, ob Schülerinnen und Schüler eine warme Mahlzeit in der Schulkantine erhalten. Daher fordern wir neben der Rekommunalisierung des Schulessens auch eine Deckelung der Essenspreise. Ein gesundes Mittagessen sollen sich alle leisten können!

Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Feld ist für uns der konsequente Schutz und Erhalt von Kleingärten. Nirgendwo wird das Konzept einer „essbaren Stadt“ greifbarer als in den tausenden Kleingärten Rostocks. Eine Überbauung von Kleingärten lehnen wir daher ab – insbesondere wenn es sinnvolle Alternativen gibt. Ein gutes Beispiel ist die Erweiterung der Straßenbahn in Reutershagen, wo Kleingärten und Wald für die neue Trasse weichen sollen, obwohl eine Trassenführung auf bestehenden Straßen möglich gewesen wäre.

In Zukunft wird die Stadt Rostock besser gegen Extremwetter (durch Starkregen, Überflutungen und Hitze) geschützt werden müssen. (z.B. Hochwasserschutz-, Hitzeschutz- und Katastrophenschutzpläne). Mit welchen konkreten Maßnahmen wollen Sie diesen Herausforderungen begegnen? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMAAANPASSUNG)**

Brennende Mülldeponien, ausgetrocknete Wiesen im Frühsommer und ein überdurchschnittlicher Trinkwasserverbrauch sind nur drei Beispiele dafür, dass der Klimawandel nach und nach auch in Rostock ankommt. Deshalb müssen wir uns fit für die Folgen des Klimawandels machen. Schwerpunkt ist dabei die Anpassung an Extremwetterlagen wie Starkregen, Sturm, Hitze und Trockenheit. Dazu wollen wir konsequent den Hitzeaktionsplan umsetzen und gegebenenfalls um weitere Maßnahmen erweitern.

Durch unsere Lage am Wasser kommt dem Hochwasserschutz eine besondere Bedeutung zu. Für den Hochwasserschutz ist das Land zuständig. Wir setzen uns dafür ein, dass Schutzmaßnahmen am Stadthafen auch mit einem gestalterischen Anspruch umgesetzt werden. Dafür werden Mittel der Stadt Rostock benötigt.

Rostock als grüne Stadt zu erhalten und weiter zu gestalten, ist ein wesentlicher Beitrag vor Ort, um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken und die Stadt noch lebenswerter zu machen. Hierfür bieten sich weitere vielfältige Möglichkeiten. Neben dem Ausbau einer klimafreundlichen Infrastruktur gehören dazu das konsequente Anlegen und Pflegen von Grünflächen und Parkanlagen sowie die Begrünung von Grundstücksflächen und zunehmend auch von Gebäuden. Dabei soll privates Engagement gezielt gefördert und unterstützt werden, z. B. bei Pflegemaßnahmen an Grünanlagen im Wohnumfeld, die in Eigeninitiative der Einwohnerinnen und Einwohner organisiert und durchgeführt werden. Das Konzept der Schwammstadt soll als Beitrag zur Vorsorge vor Starkregen stärker etabliert werden.

Das Anlegen von Wasserflächen oder – wo städtebaulich sinnvoll – das Freilegen von Gewässern sehen wir als weitere städteplanerische Maßnahmen, um gerade in heißen Sommern zusätzliche Abkühlung in die Stadt zu bringen. Als Beispiel dient uns der Kaymühlengraben am Werftdreieck.

Die Folgen des Klimawandels verstärken global existierende soziale, ökonomische und ökologische Problemlagen. Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration zeigt daher deutlich, dass es in Zukunft mehr Klimageflüchtete geben wird. Was sind ihre Visionen im Bezug auf den Umgang klimabedingter Migration in Rostock? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND MIGRATION)**

Rostock ist eine weltoffene Hansestadt. Als Hanseatinnen und Hanseaten sehen wir Vielfalt stets als Bereicherung und nicht als Bedrohung. Als Stadt mit langer maritimer Tradition weiß man hier, was es bedeutet, in Seenot zu geraten, und dass niemand sich freiwillig dieser Gefahr aussetzt. Deswegen war und ist es wichtig, dass Rostock ein sicherer Hafen ist. Gesellschaftliche Akteure, die Integrationsarbeit leisten und sich für die Belange Geflüchteter einsetzen, sehen wir als Bündnispartner.

Wir machen dabei keinen Unterschied, warum Menschen in existentielle Not geraten und flüchten müssen. Der Kampf gegen Ausbeutung von Mensch und Natur sowie die Etablierung eines gerechten Welthandels muss auf internationaler Ebene weiter geführt werden - auch um Menschen davor zu bewahren, fliehen zu müssen.

Wir sind bereit, unseren Teil zur Unterbringung und Integration Geflüchteter zu leisten und den neuen Einwohnerinnen und Einwohnern den Weg in unsere Stadtgesellschaft zu ebnen. Als Kommune ist es unsere Aufgabe, uns zugewiesene Geflüchtete zu versorgen und aufzunehmen. Klar ist, dass eine höhere Zahl Geflüchteter bereits bestehende Defizite, wie fehlenden Wohnraum, fehlende Lehrkräfte oder ein angespanntes Netz von Angeboten sozialer Teilhabe, aufzeigt. Es gilt, diese Herausforderungen zu meistern, um allen Rostockerinnen und Rostockern die Hilfe geben zu können, die sie benötigen.

Nicht alle diese Herausforderungen werden sich kurzfristig lösen lassen. Jedoch ist und bleibt es unsere Position, dass sozial benachteiligte Gruppen nicht gegenseitig ausgespielt werden dürfen. Denn nur, wenn wir alle Menschen umfassend fördern, kann die Stadtgesellschaft als Ganzes profitieren. Erwerbsarbeit ist ein Schlüssel zur Integration der Menschen und ihre Beschäftigung stellt eine Bereicherung für die Stadtgesellschaft dar. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass zugezogene Einwohnerinnen und Einwohner mit zunehmender Bleibedauer und nach Qualifizierungsmaßnahmen in sozialpflichtige Beschäftigungen gehen. Diese Maßnahmen gilt es, gezielt zu unterstützen und Missbrauch durch Arbeitgeber zu verhindern. Wir unterstützen daher alle Initiativen, das Arbeitsverbot von Personen im Asylverfahren aufzuheben.

Integration in die Stadtgesellschaft bedeutet Teil von ihr mit den jeweiligen Rechten und Pflichten zu sein und ihre demokratischen und sozialen Grundwerte zu teilen. Für traumatisierte Menschen, die Gewalt, Elend, korrupte, autoritäre Strukturen und Krieg – manchmal schon von Kindheit an – erlebt haben, kann dies eine besondere Herausforderung sein. In der Integrationsarbeit sehen wir daher neben dem Erwerb der deutschen Sprache, die politische Bildung, Rechtskunde, Präventionsarbeit gegen Sucht, Gewalt und Kriminalität sowie psychosoziale Betreuung als einen wichtigen Schwerpunkt, der mit ausreichend Personal ausgestattet werden muss.

Angesichts der zunehmenden Herausforderungen im Bereich der urbanen Mobilität steht das Parkraummanagement immer stärker im Fokus von Entscheidungsträger:innen. Die effektive Nutzung von öffentlichen Flächen hat weitreichende Auswirkungen auf verschiedene Aspekte des städtischen Lebens, darunter der Flächenverbrauch, die Gestaltung lebenswerter und attraktiver öffentlicher Räume, die Förderung einer klima- und umweltgerechten Stadtentwicklung sowie die soziale Gerechtigkeit. Angesichts der Knappheit und des Wettbewerbs um städtische Flächen zwischen verschiedenen Interessensgruppen und Nutzern ist es unerlässlich, einen umfassenden Plan für das Parkraummanagement zu entwickeln. In Rostock gibt es derzeit zahlreiche einzelne Maßnahmen und Konzepte zum Thema Parken, jedoch fehlt ein übergreifendes Ziel und eine Strategie zur effektiven Gestaltung des Parkraums. Was ist ihre Vision hinsichtlich dem Thema Parken? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND STADTENTWICKLUNG)**

Grundsätzlich sollte es unser Anspruch sein, Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen. Insbesondere Tagestouristen und Pendler sollten die Möglichkeit nutzen, die wir uns mit dem Park&Ride-Konzept gedacht haben: Ihr Auto am Stadtrand stehen lassen und mit der Bahn oder dem Bus weiterfahren. Dafür braucht es eng getakteten Bahn- und Busverkehr genauso wie neue Linien, z.B. die S-Bahn-Linie in den Überseehafen.

Um die übrigen Autos, die dann noch in der Stadt ihre Flächen benötigen, abzustellen, braucht es den Bau von Tiefgaragen und Parkhäusern. Diese sollten dort errichtet werden, wo sie benötigt werden, bspw. in Wohnquartieren wie der KTV. Es wäre klug, bestehende Konzepte zum Parken einfach umzusetzen. (Weitere Ausführungen zu Parkraummanagement s. Frage 1)

Seit fast 2 Jahren besitzt die Stadt Rostock einen Wärmeplan. Dennoch wurden noch keine Projekte aus diesem umgesetzt. Ein Problem stellt die Finanzierung da. Doch statt die Stadtwerke bei dieser wichtigen Transformation zu unterstützen, schöpft die Stadt Rostock jedes Jahr Gewinne bei diesem kommunalen Unternehmen in Millionenhöhe über die RVV ab. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um eine schnellstmögliche Umsetzung des Wärmeplans zu gewährleisten? Woher soll das Geld genommen werden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND WÄRMEPLAN)**

Rostock nimmt mit seinem Wärmeplan in der Bundesrepublik eine Vorreiterrolle ein. Letztes Jahr ist in Rostock ein großer Wärmespeicher in Betrieb genommen worden, der Schwankungen bei der Kapazität zur Versorgung mit erneuerbarer Wärme ausgleichen helfen soll. Das Fernwärmenetz wird ausgebaut und mehr Häuser auch in den vergangenen Jahren angeschlossen. Die Stadtwerke planen zahlreiche weitere Maßnahmen und setzen hier zu Recht auf Kooperation: So erproben sie beispielsweise mit einigen Wohnungsgenossenschaften neue Modelle des Wohnens, die einen deutlich geringeren CO₂-Abdruck hinterlassen. Sie setzen den Ausbau von E-Ladesäulen im gesamten Stadtgebiet fort - Nicht nur im Zentrum, sondern überall in der Stadt. Es ist also schlicht nicht korrekt, dass in Rostock nichts für die Wärmewende oder die Umsetzung des Wärmeplans getan wird.

Ein Problem der Umsetzung des Wärmeplans sind wie bei allen Infrastrukturmaßnahmen lange Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungszeiten etwa durch fehlende Kapazitäten der Bauwirtschaft. Die Finanzierung dieser Maßnahmen ist ein weiteres wichtiges Feld. Es ist stets eine politische Abwägung Gewinne aus kommunalen Unternehmen abzuschöpfen. Und wir beobachten genau, was die Gewinnabschöpfung mit der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaften macht. Fakt ist aber auch, dass durch die Gewinnabschöpfung andere Projekte wie der Bau von neuen Radwegen erst ermöglicht werden.

Ist ein Festhalten an den aktuellen Flächenplanungen für die Seehafenerweiterung überhaupt noch vertretbar, wenn doch gutachterlich festgestellt wurde, dass bspw. Eingriffe in das Mooregebiet Peezer Bach nicht kompensierbar sind (Stichwort: Verlust der Artenvielfalt)? Inwiefern denken Sie, dass es neue Indikatoren für Wirtschaftsentwicklung braucht, weil das Ziel "möglichst viele Industrieansiedlungen für den Standort Rostock" nur noch unter Vorbehalt als prioritäres Entwicklungsziel gelten kann? Oder, anders gefragt: Wie kann eine "sozial-ökologische Wirtschaftsförderung" aussehen, d.h. eine Wirtschaftsförderung am Standort Rostock, die Klimaschutzargumente angemessen berücksichtigt? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA & MOOR und WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG)**

Die Planungen zur Erweiterung des Rostocker Überseehafens machen deutlich, dass sich Klimaschutz, Artenschutz und wirtschaftliche Entwicklung in einem Spannungsfeld befinden können. Für uns ist klar: Wenn am Ende des Prozesses die Interessen von Natur, Anwohnerinnen und Anwohner und Wirtschaft abgewogen wurden, muss nachhaltig und schonend der Hafen weiterentwickelt werden. Das hat die Bürgerschaft auch mit den Stimmen von rot-rot-grün im Jahr 2023 gesagt, als sie den Bebauungsplan für das Maritime Industriegebiet im Rostocker Seehafen verabschiedet hat.

Das ist nicht gleichbedeutend mit einer Genehmigung irgendeiner Anlage oder gar einem baldigen Spatenstich. Auch sagen die nun begonnenen Planungen noch nichts darüber aus, auf welchen Flächen am Ende etwas entstehen kann.

Aus Sicht des Klimaschutzes ist eine Erweiterung des Hafens zu begrüßen. Denn die Erweiterung soll vor allem dem Auf- und Ausbau der Offshore-Plattformbaus und der Wasserstoffwirtschaft dienen. So soll beispielsweise ein Importterminal für grünen Ammoniak entstehen, das wieder zu grünem Wasserstoff zersetzt werden und über eine neue Pipeline in

das Wasserstoffkernnetz eingespeist und Teile Ostdeutschlands zukünftig mit Wasserstoff versorgen soll. Dies schafft erst die Möglichkeit in Schwedt, Leuna oder Eisenhüttenstadt auf klimaneutrale Produktion umzustellen und spart dadurch langfristig erhebliche Mengen an Treibhausgasen ein. Das Gebiet, das noch intaktes Moor ist, ist dagegen an besagtem Standort verschwindend gering und wird ohnehin durch Erosion (Wasserströmung im Breitling) allmählich abgetragen. Der Großteil der trockengelegten Moorfläche imitiert eventuell weiter CO₂, ist aber schon seit langer Zeit kein aktives Moor mehr. Die Mengen sind dabei extrem gering zur potentiellen Ersparnis durch den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft. Im Bereich der Rostocker Heide gibt es über hunderte Hektar Moorflächen (Hüttelmoor), die teilweise noch immer aus forstwirtschaftlichen Gründen trockengelegt sind und einen großen Beitrag zum Klima- und Hochwasserschutz der HRO leisten könnten. Wir sind dafür, dieses als Ausgleich möglichst vollständig wieder zu vernässen.

Auch aus wirtschaftlicher Sicht ist eine Erweiterung des Hafens zu begrüßen. Es entstehen neue, gut bezahlte Arbeitsplätze, die Energie-Autonomie gegenüber fossilen Autokratien wie Russland oder den Golfstaaten wird erhöht und nicht zuletzt erreichen wir mehr Wertschöpfung und Steuereinnahmen, die andere Maßnahmen der Stadt zur Erlangung der Klimaneutralität finanzieren. Der Überseehafen ist und bleibt das wirtschaftliche Herz Rostocks.

Neben dem Klima- sind aus Sicht des Umweltschutzes auch Artenschutzaspekte zu berücksichtigen. Hier liegen entgegen anders lautenden Behauptungen noch keine abschließenden gutachterlichen Einschätzungen vor. Fakt ist, dass mit der europäischen Wasser-Rahmen-Richtlinie und den bestehenden und neuen Regelungen zum Immissions- und Artenschutz umfassendste gutachterliche Untersuchungen, Ausgleichsmaßnahmen und Verbote einhergehen. Sollte sich beispielsweise erweisen, dass sich die ökologische Situation im Rostocker Breitling verschlechtert durch die Maßnahmen, hat sie keine Aussicht auf Genehmigung. Fakt ist aber sicherlich auch, dass Lebensraum verloren geht und Tiere verdrängt oder umgesiedelt werden. Dies ist definitiv ein Nachteil der Hafenerweiterung. Wir kommen insgesamt jedoch zu der Einschätzung, dass die sozialen und wirtschaftlichen, aber auch die ökologischen Vorteile (Wasserstoffwirtschaft) überwiegen.

Es gibt zahlreiche Beschlüsse zum Thema umweltfreundliche Mobilität (Modal Split, Fahrradstadt Rostock, grüne Wegeverbindung, Barrierefreiheit, Mobilitätkonzept, Bau von Radschnellwegen, Bau eines Fahrradparkhauses am Hbf, etc) und Klimaneutralität der Stadt bis 2035. Seit Jahren haben wir den Eindruck, dass diese zahlreichen Beschlüsse von der Verwaltung unzureichend umgesetzt werden. Wie wollen Sie als Bürgerschaft erreichen, dass Ihre Arbeit nicht umsonst ist und die Beschlüsse real in der Stadt zeitnah zu sehen sind? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND STADTVERWALTUNG)**

Die Verwaltung darf nicht die „Engstelle“ bei der Stadtentwicklung sein, weil Verfahren zu lange dauern – im Gegenteil: Mit modernen Arbeitsmethoden und fachlichem Know-how müssen wichtige Projekte und Vorhaben in der Stadt deutlich beschleunigt werden. Dazu gehört auch eine moderne Verwaltungssteuerung, die auf die Entwicklungsziele der Stadt ausgerichtet ist und der Verwaltungsspitze sowie der Bürgerschaft die nötigen Informationen zeitnah zur Verfügung stellt, um agieren und bei Bedarf auch reagieren zu können. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, ist die Informationspolitik der Stadtverwaltung grundsätzlich verbesserungswürdig. Gerade mit großen und wichtigen Vorhaben muss transparent umgegangen werden, um die Menschen mitzunehmen, in geeigneter Weise zu beteiligen und Akzeptanz zu schaffen.

Aber: Projekte bleiben nicht nur wegen der handelnden Akteure liegen. Es muss auch über die Finanzierung gesprochen werden. Viele gute Ideen scheitern derzeit auch daran, dass sie nicht hinreichend finanziert werden können. Hier müssen wir ansetzen und bei Bedarf auch priorisieren.

Rostock ist ein militärischer Standort (Marine, Luftwaffe und drum herum Heeresaufmarschgebiet). Die Bundeswehr mitsamt der Rüstungsindustrie haben mit die größten Einzel-CO2-Emissionen. Können Sie sich vorstellen, einen Beschluß durch die Bürgerschaft zu einzubringen, in dem zukünftig der Bundeswehr sowie der Rüstungsindustrie keine weiteren Nutzungsflächen zur Verfügung gestellt werden? **(FRAGE ZUM THEMA KLIMA UND RÜSTUNGSINDUSTRIE)**

Die Fragestellung impliziert, dass Rostock Standort für Marine, Luftwaffe und Heer ist. Dem ist nicht so: während die Luftwaffe in Laage (LRO) stationiert ist, sitzen Flugabwehrraketengruppen in Cammin und Sanitz (beide LRO). Einzig die Marine, die in der Hanse-Kaserne ihr Kommando und in Hohe Düne ihren Stützpunkt hat, sitzt in Rostock. Zudem sind Teile der maritimen Rüstung im Gebiet Rostocks angesiedelt (Marinearsenal), die aber vor allem der eigenen Marine dienen. Die Rostocker Sozialdemokratie ist der Ansiedlung von Rüstungsbetrieben, die dem Export von Waffen dienen, immer mit großer Skepsis und Zurückhaltung begegnet. Uns sind jedoch keine weiteren Planungen für Bundeswehr- oder Rüstungsindustriensiedlungen in Rostock bekannt. In der aktuellen weltpolitischen Situation sollten wir uns zudem keinen Illusionen hingeben, in denen sich Rostock einfach per Bürgerschaftsbeschluss herausziehen kann. Dem Klima ist es letztlich egal, ob eine Kaserne in Rostock, Lübeck oder woanders entsteht. Solange die Konflikte in der Welt nicht auf diplomatischem Wege gelöst werden und gleichzeitig aggressive Diktaturen effektiv zurückgedrängt werden, müssen auch die liberalen Demokratien leider über wirksame militärische Abschreckung verfügen.